

DIE LINKE. Offene Liste

Fraktion in der Gemeindevertretung Petersberg

Vorsitzender: Michael Wahl, Kirschgrund 3, 36100 Petersberg

Informationen aus der Gemeindevertretung Petersberg

Wassergebühren werden erhöht!

Gegen die Stimmen von FDP und Linke.Offene Liste hat die Gemeindevertretung die Erhöhung der Wassergebühren ab 2017 von derzeit 1,91 auf 1,99 Euro beschlossen.

Der Gemeindevorstand hat dies für notwendig gehalten, da bei geringen Überschüssen und anstehenden Investitionen zusätzliche Einnahmen notwendig wären.

Aus den vorgelegten Unterlagen ließ sich dies aber nicht unbedingt ableiten. Ohne eine Vorlage mit allen wesentlichen Angaben zu den geplanten Investitionen, der bestehenden darlehn und deren Laufzeiten und Verzinsung sind wir nicht bereit einer Anhebung von Gebühren zuzustimmen.

Kindergarten Marbach wird in diesem Jahr nicht renoviert!

Unsere umfangreiche Anfrage wurde vom Bürgermeister beantwortet:

1. Wann ist der Beginn der Baumaßnahmen geplant?
2. Aus welchem Grund wurde noch nicht mit den Baumaßnahmen begonnen?
3. Ist nach der derzeit vertraglichen Vereinbarung sichergestellt, dass der Kindergarten über mehrere Jahrzehnte für die Kinder der Gemeinde genutzt werden kann?
4. Gibt es ein Angebot der Kirchengemeinde die Rechtsverhältnisse zur Nutzung des Grundstückes und der Einrichtung durch einen neuen Vertrag eindeutig zu regeln?
5. Wenn ja, wann wurde dieses Angebot erstmals unterbreitet, und aus welchem Grund wurden die Rechtsverhältnisse bis heute noch nicht neu vereinbart?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeindevorstand, die von der Gemeindevertretung bewilligten Finanzmittel für den Um- und Erweiterungsbau noch in diesem Jahr zu nutzen?

Die Antworten des Bürgermeisters waren sehr umfangreich, aber in manchen Punkten auch nicht nachvollziehbar. Die Antworten werden in einer der nächsten Ausgaben der Gemeindezeitung abgedruckt.

Wesentlichste Aussage in diesem Jahr wird nicht mehr mit den Maßnahmen begonnen. Die Kirche habe im Januar dieses Jahres ein Angebot für einen Erbpachtvertrag gemacht. Die Vertragsverhandlungen mit der Kirche wären immer noch nicht abgeschlossen. Die Kirche sei für den Bau selbst verantwortlich. Von unserer Einschätzung her besteht von Seiten der Gemeinde wieder einmal nicht der ernste Wille zu einer Lösung zu kommen. Während im Petersberger Kindergarten fast alles geht wird in Marbach wieder einmal blockiert.

Weiter auf der Rückseite

Sommerlad- Beschäftigte unterstützen!

Unser Dringlichkeitsantrag: für eine erneute Initiative für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Sommerlad wurde mit einigen von der CDU beantragten Änderungen angenommen. So soll der Bürgermeister mit dem Firmeninhaber nochmals in Kontakt treten und klären ob noch Möglichkeiten für einen Erhalt der Arbeitsplätze bestehen.

Unser Antrag im Wortlaut:

Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, einen erneuten Versuch zum Erhalt der Arbeitsplätze bei Sommerlad zu unternehmen.

Er soll mit den Gemeinden Eichenzell, Künzell, der Stadt Fulda und dem Möbelhaus Sommerlad über Lösungsmöglichkeiten zum Erhalt der Arbeitsplätze beraten. Dabei sollte von Seiten der Kommunen ein verbindlicher rechtssicherer Vorschlag für einen Standort der Firma Sommerlad erarbeitet werden.

Begründung:

Die Stadt Fulda sowie die Gemeinden Eichenzell, Künzell und Petersberg haben mit ihren Beschlüssen ihr Einverständnis zu dem angestrebten Standort der Firma Sommerlad signalisiert.

Die Ablehnung des Standortes durch das Regierungspräsidium hat nun den Unternehmer dazu veranlasst den Standort Fulda schließen zu wollen.

Sicherlich kann man darüber streiten, dass das Unternehmen voreilig auf den neuen Standort gesetzt hat, dennoch trägt die Politik eine erhebliche Verantwortung zu der jetzt entstandenen Situation. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein einhelliges Votum der kommunalen Gebietskörperschaften hier einfach übergangen wird. Was sollen die Menschen in diesem Unternehmen davon halten, wenn alle regionalen Parlamente sich für den neuen Standort aussprechen, dann aber die überregionale Ebene dies verwirft.

Wir sehen hier die Politik der Region in der Verantwortung. Mit einer Initiative sollte der Versuch unternommen werden, doch noch eine Lösung zum Erhalt der Arbeitsplätze für die 130 Beschäftigten zu erreichen.

Gemeindevertretung lehnt Transparenz ab!

Unser Vorschlag vor Beginn der Straßenbauarbeiten der insgesamt 28 geschwindigkeitsreduzierenden Einzelmaßnahmen im Ortsteil Petersberg die Einzelmaßnahmen in der Gemeindezeitung zu veröffentlichen und den Bürgern die Möglichkeit zu Einwendungen und Anregungen zu den Einzelmaßnahmen zu geben wurde mehrheitlich abgelehnt.

Nach unsere Auffassung sollten. insbesondere Bürger vor dessen Wohnung Straßenbauarbeiten durchgeführt werden rechtzeitig vor Durchführung der Arbeiten umfassend über die Maßnahmen informiert werden und auch die Möglichkeit zu einer Stellungnahme haben.

Öffentlichkeitsbeteiligungen zusätzlich Online

Unser Vorschlag jeweils die Dokumente der aktuellen Öffentlichkeitsbeteiligungen die im Rathaus im Erdgeschoss-Foyer ausliegen, als zusätzlichen Service auf der Homepage der Gemeinde Petersberg den Bürgern zur Verfügung zu stellen wurde angenommen.

Die Begründungen und zugehörigen Stellungnahmen für Änderungen des Flächennutzungsplanes und der Bebauungspläne sind oft sehr umfangreich. Um sich zu informieren müssen die Bürger zum Rathaus fahren und Dokumente im Foyer lesen. Dabei steht noch nicht einmal ein Tisch zur Verfügung. Einige Bürger machen sich die Mühe und fotografieren die Dokumente ab, um sie zu Hause lesen zu können. Mit der Onlinestellung der Dokumente könnten viele Bürger Fahrtkosten sparen, auch ergibt sich für sie eine erhebliche Zeitersparnis